

# Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeitungspreis für Monat (bei Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, b. B., Dresden-2 / Verlagsstr. 11 / Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfach Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckanstalt: „Arbeiter-Zeitung“ Dresden / Druckstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstadt u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 7. April 1927 Nummer 82

## Monopolisierungsbestrebungen und Arbeitskämpfe in der Tabakindustrie

Die Tabakfabrikate stellen zweifellos eines der Genussmittel dar, das in größtem Umfange auch in den Konsum der breiten Massen des werktätigen Volkes eingegangen ist. Da es sich hier einerseits nicht um ein unentbehrliches Lebensmittel handelt, andererseits der Tabakgenuss gerade von den schwerarbeitenden Schichten der Bevölkerung heute am wenigsten entbeht werden kann, so stellt die Besteuerung dieser Fabrikate seit jeher ein beliebtes Mittel dar, um auf diesem Wege das arbeitende Volk zugunsten der Staatstasse und zugunsten der Kapitalisten zu kröpfen. Ganz besonders die bequeme und beliebte Form der Zigarette ist in nahezu allen Ländern ein wichtiges Objekt der Steuererhebung und bildet durch die Zigarettensteuer, die auf dem Wege der Zigarettensteuer (aber auch der anderen Tabaksteuer) von den breiten Massen der minderbemittelten Volksschichten aufgebracht werden, die Steuern für die reichen Kapitalisten zu leisten.

Es kann nicht wundernehmen, daß die „soziale Republik“ Deutschland auf diesem Wege der Massenbemüherung den meisten Ländern der Welt voranzieht. Zunächst wird der Tabak mit dem Einfuhrzoll für rohe Ware belastet, der 80 Pfennig pro Kilo ausmacht. Dann kommt noch dazu die eigentliche Tabaksteuer, die auf jede Sorte Tabak in Höhe von 4 Mark pro Kilo erhoben wird, und schließlich die sogenannte Bundeszigarettensteuer für Zigaretten, die 30 Prozent des Kleinverkaufswertes der Zigarette ausmacht. Die Zölle werden unmittelbar bei der Tabakfabrik nach Deutschland erhoben; die Tabaksteuer bei der ersten Zeit der Lagerung in Deutschland und die Bundeszigarettensteuer bei der Verpackung der Zigaretten. Welche riesigen Summen dabei den Konsumenten abgezogen werden, kann man daran ersehen, daß der Ertrag der Tabaksteuern (ohne Zölle) 1925-26 700 Millionen im Jahre, das ist weit über ein Fünftel des gesamten Reichseinkommens, erbringt, und daß die Belastung durch die Steuern bei den billigen Zigarettenorten um 30 Prozent des Verkaufspreises ausmacht, während bei den teureren Sorten bis auf etwa 40 Prozent zinkt. Da etwa 70 Prozent der deutschen Zigarettenproduktion sich auf billigeren Warensorten beziehen, so läßt sich leicht berechnen, daß von der dreieinhalb Milliarden Tabaksteuerertrag mindestens 650 Millionen Mark von den un- und mittelsten Schichten der Tabakkonsumenten aufgebracht werden.

Die Ertragsumme dieser Besteuerung fließt an den Trägern des Tabakvertrages verfallend. Mit dieser Lastlage begründet die Zigarettenindustrie, daß ihre Stellungnahme sich nicht gegen diese indirekte Massensteuer an sich richtet, sondern nur darauf hinauszielt, durch besondere Steuererleichterungen der Zigarettenindustrie, die sich in großen Schwierigkeiten befindet, auf Kosten der Konsumenten zu helfen. Die schlechte Lage der Zigarettenindustrie geht auf allerlei Ursachen zurück. Im Jahre und in der Inflation wurde die Produktionsfähigkeit dieses Wirtschaftszweiges beträchtlich erhöht und hebt heute in hohem Maße über den in der Inflation vorangegangenen Stand. Hinzu kommt noch, daß das bestehende Steuerregime die Konkurrenz zwischen den einzelnen Zigarettenfabrikanten außerordentlich verschärft. Da sofort nach der Verpackung die hohen Zigarettensteuern fließen müssen, muß die Fabrik mit allen Kräften betriebl. auch sofort diese Ware zu verkaufen. Das will natürlich jeder Fabrikant, und da der Markt nicht so aufnahmefähig ist, so versucht jeder, mit einem großen und ungemein komplizierten Apparat von Konkurrenzmitteln um eine Marktlücke zu schlagen. Nach den verschiedenen Angaben sind die Konsumenten der Zigarettenindustrie die höchsten aller Industriezweige in ganz Deutschland; und auch diese Konsumenten muß natürlich der Konsument bezahlen. Um so die Konsumenten herauszuholen, muß wiederum der Umsatz gesteigert werden, wodurch die Konkurrenz zwischen den einzelnen Fabrikanten noch weiter verschärft wird.

Um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, ohne das bestehende Steuerregime, das eine sehr wirksame Massenbelastung zugunsten der Kapitalistenklasse darstellt, anzutasten, schlagen nun die Zigarettenfabrikanten vor, das Reichswirtschaftsministerium als zukünftige Regierungsinstantz solle alle deutschen Zigarettenfabriken in einem sogenannten „Kartell“ zusammenfassen, durch Geleitz zusammenfassen. Die Errichtung neuer Zigarettenfabriken solle verboten werden, und die bestehenden dürften ihre Fabrikate nur zu den vom Kartell festgesetzten (Waher) Preisen abgeben. Der Sinn dieser Maßnahmen läuft hinaus auf eine weitere Versteuerung der Tabakfabrikate über die schon bestehenden Phantastpreise. Diese neue Preisverhöhung soll aber nicht in den Steuerfällen, sondern in die Taschen der Tabakkonsumierenden fließen, die sich so auf Grund einer weiteren Besteuerung der Tabakfabrikanten sanieren wollen.

Die Unternehmer haben versucht, den Tabakarbeiter-Verband für ihre reaktionären Pläne einzufangen. Die Gewerkschaft hat mit Recht abgelehnt, auf dieses Ansuchen einzugehen. Nunmehr laufen die Tabakfabrikanten, die Vertreter ihrer Konzerne und Verbände, bei den Ministern und Parteien der Bürgerblock-Republik Sturm, um ihre Absichten doch noch durchzusetzen. Sie berufen sich hierbei auf den Präzedenzfall der Jüdenindustrie, bei dem die Regierung selber gewillens war, die Schwere der Last über das neu zu errichtende Monopol des schwedischen Jüdenholzes in Deutschland übertragen hat. Die arbeitenden Holzarbeiter in Deutschland übernahmen das. Die arbeitenden Holzarbeiter müssen sich auf das schärfste mit Recht gegen diese drohende weitere Belastung ihres Konjunks und müssen im Gegenteil fordern, daß die indirekten Steuern auf Tabakwaren schnellstens und restlos zugunsten einer direkten Belastung des Volkes beseitigt werden.

In der Zigarettenindustrie liegen die Dinge etwas anders. Wenngleich auch hier die Steuern bedeutend sind, so sind sie doch auf keinen Fall so verheerend wie in letzter Zeit der Zigaretten. Die Zigarettenfabrikanten können in letzter Zeit sogar wieder eine nicht unerhebliche Besserung ihrer Konjunktur feststellen, und auch ihre Verdienste haben sich überall beträchtlich erhöht. Um so eher aber ist die Lage der in diesem Zweige beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Man muß sie als

## Die Kommunisten zum Nieder mit dem Bürgerblock!

Im Auftrag der kommunistischen Reichstagsfraktion gab Genosse Blocher folgende Erklärung ab:

Der Etat des Bürgerblocks zeigt noch trübler als sonst den Charakter des heutigen Klassenstaats, indem der Etat die finanzielle Grundlage der Aufrechterhaltung und Sicherung der kapitalistischen Klasse ist und zur Niederhaltung und Ausbeutung der Mehrheit der arbeitenden Klasse dient. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Unter dem Schutze der Bürgerblock-Regierung steigt die sozialistische Reaktion immer mehr, teilt immer offener und frecher auf und beherrscht immer stärker den Staatsapparat, Reichsmehr, Polizei, Justiz und Schule. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Klassenjustiz teilt immer schlimmer, die Polizei wird immer offener zur Niederschneidung der Arbeitermassen verwandt.

Die Politik der kapitalistischen Nationalisierung wird von dieser Regierung im Interesse der Unternehmer gegen das werktätige Volk brutal weiter geführt. (Verbaltete Zustimmung bei den Kommunisten.) Die Arbeiter- und beamtetenindische Sozial- und Wohnpolitik der früheren Regierungen wird noch gekümmert. Der Zehnteil der Bevölkerung ist jetzt geistlich verblödet und die Möglichkeit einer schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitszeit geschaffen, der Reallohn dagegen immer weiter herabgesetzt werden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die unerhörte Steigerung des Mietwuchers, die Fortsetzung der breiten Massen noch mehr herabziehen zu Gunsten einer kleinen Schicht der kommenden Erwerbslosen, die Verschlechterung ihrer Lage bei der kommenden Erwerbslosenversicherung. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Bei allen wirtschaftlichen Kämpfen stellt sich der Zentrumsarbeitsminister immer offener auf die Seite der Unternehmer.

Von den 2,3 Milliarden, die dieser Reichsetat bereits erreicht hat, werden durch die brutale Steuerpolitik über 2,1 aus den vertriebenen Massen herausgeholt. Rückwärtssteigende Einkünfte der Arbeiter, das Sinken der Einkünfte von 700 Millionen Mark und Rückgang der Einkünfte auf die Reichskasse! (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wegen der Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie, Reichswehr, Polizei, Teno, Spiegelapparat, verhängt an Reichsmitteln eine Milliarde Mark. Im schrecklichen Gegensatz dazu stehen die Ausgaben für kulturelle Zwecke. (Verbaltete Zustimmung bei den Komm.) Für das Gesundheitswesen, für die Tabakfabrikation entfällt der ganze Etat nur ein paar Millionen. Alle Anträge der kommunistischen Fraktion für diese Zwecke, wie für die verschiedenen sozialen Maßnahmen wurden von den Bürgerblockparteien, zum Teil mit Hilfe der Sozialdemokraten niedergewalmet. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Darüber hinaus

hat die Bürgerblockregierung mit Hilfe der Regierungsparteien die Ausgaben für soziale Zwecke weiter herabgeschraubt, die Summen für die Erwerbslosenfürsorge, für die Jungarbeiter, für die Kindererziehung gekürzt oder beseitigt, den in größter Not befindlichen Beamten der unteren und mittleren Gruppen und den Reichsbahnbediensteten nicht einen Pfennig Erhöhung ihrer elenden Bezüge gegeben. (Sehr wahr! h. d. Kom.) Kräfte und nachher hat keine eine Regierung ihren Charakter als Machsinstrument der herrschenden Klasse gezeigt!

Der sozialen und politischen Unterdrückung soll folgen eine gekümmerte kulturpolitische Reaktion. Reichsminister und Reichslandrat sollen die Schulen Deutschlands völlig der Kirche ausliefern. (Sohn-Gebrüll beim Zentrum.)

Nachpolitisch verleiht die Regierung Marx-Stresemann immer offener den Boden für eine neue imperialistische Politik vorzubereiten. Unter engler Anführung an den britischen Imperialismus hat die Stresemannregierung die kapitalistische Weltkrisenpolitik gegen Rußland fort. Die Stresemannregierung lehnt die Anerkennung der jüdischen Bolschewikregierung ab und begünstigt durch ihre Politik die britischen Agenten in China, wie Tschangjia und die mit ihm verbündeten General. Der neue deutsche Imperialismus tritt immer aktiver auf und wird das deutsche Volk in neue blutige imperialistische Konflikte hineintreiben.

So ist die Außen- und Innenpolitik der Regierung Marx-Stresemann-Rendell und Schiele die Politik der herrschenden Klasse gegen das arbeitende Volk. Gegen diese Regierung gilt es die härteste Kampfstellung einzunehmen. Die Sozialdemokratie hat durch ihre gesamte Politik die Grundlagen für die Bürgerblockpolitik geschaffen. (Stimmliche Zustimmung h. d. Komm.) und verbindet auch jetzt eine enge Kampfstellung der Arbeiterklasse gegen diese Regierung. Die kommunistische Reichstagsfraktion lehnt den Etat dieses Klassenstaats ab und ruft die gesamte Arbeiterklasse auf zum Kampf gegen die Bürgerblockregierung, gegen die Regierung der imperialistischen und politischen Verfallung der arbeitenden Massen, gegen die Regierung einer neuen imperialistischen Kriegspolitik. Wir rufen den deutschen Arbeitern zu:

Nieder mit der Bürgerblockregierung!  
Fort mit diesem Reichsetat!  
Schluß mit der Koalitions- und Arbeiter-gemeinschaftspolitik!  
Es lebe die einheitliche Klassenfront des kämpfenden Proletariats!  
(Zahlen und Kräfte bei den Reichsparteien, Bravo! und Handgefächeln bei den Kommunisten.)

noch schlechter bezeichnen, als die ohnehin skandalösen Zustände in der Textilindustrie. In den kleineren Orten hat für etwa 1000 Arbeiter die Regel. Und im ganzen Reichsbereich dürfte sich der Lohn eines männlichen Tabakarbeiters kaum über 20-22 Mark erheben. Das entspricht Stundenlöhnen von 30-35 Pfennig (!). Eine für das Reich zentrale Lohnbewegung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes führte einen Schiedsspruch herbei, der unter zartlicher Beibehaltung der häßlichen Arbeitszeit eine 10prozentige Lohnerhöhung vorsah. In Anbetracht der hier bestehenden Hungerlöhne stellt sich eine 10prozentige Lohnerhöhung nur eine ganz geringfügige Verbesserung in der Lage dieser Arbeiterschaft dar, denn 10 Prozent zu 25 Pfennig Lohn bedeuten immer erst 25 Pf.

Wie sehr aber das Unternehmertum bei den reaktionären Schlichtungsinstanzen seiner Bürgerblock-Regierung keine Interessen gewahrt glaubt, zeigt die Tatsache, daß die deutschen Zigarettenfabrikanten selbst bieten, für die gewöhnlichen Schiedssprüche abgesehen haben und die in der nächsten Woche stattfindenden Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung mit einer Generalauflösung für ganz Deutschland begleiten. Mehr als 100.000 Zigarettenarbeiter sind deshalb von den Unternehmern am 2. April zum 15. April gekündigt worden.

Diese Frowolation einer kampfswidrigen Unternehmerrunde sollte von der organisierten Arbeiterschaft entsprechend beantwortet werden. Die beste Parade ist der Friede und die höchste Selbstenheit, die Norm der Unternehmertums aufbehalten, ist der Übergang zu einem Gegenangriff. Sind den Unternehmern 38 Stunden Stundenlohn zu viel, so sind den Arbeitern 34 Stunden Arbeitszeit zu viel; ist den Unternehmern die Arbeitszeit noch zu gering, so den Arbeitern der Lohn. Weitere Lohnforderungen und vor allen Dingen der Achtstundentag sind Forderungen, von denen der Tabakarbeiterverband auf keinen Fall ablassen darf. Der KTB hat jedoch einen Aufschub verhängt, in dem er die Arbeiter auffordert, nicht länger als 8 Stunden zu arbeiten. Wenn er diesen Forderungen nicht schon nach den ersten Stunden als erste Selbstenheit entgegen will, so hat die Leitung des KTB bei dem Konflikt in der Zigarettenindustrie die erste Gelegenheit, die Ernsthaftigkeit ihrer Forderungen zu beweisen. Sie kann das, indem sie sich mit ihrer ganzen Autorität und der Macht der hinter ihr stehenden gewerkschaftlichen Millionenarmee mit der von einem reaktionären Unternehmertum an sich bedrohten Tabakarbeiterchaft solidarisch erklärt und alles tut, um den Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages und die Schaffung eines aus-

reichenden Existenzminimums mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstützen. Ein bezüglicher Beweis der Ernsthaftigkeit seiner Aufforderung würde für die dem KTB angeschlossenen Gewerkschaften um so nützlicher sein, als nach in zahlreichen anderen Industrien Auseinandersetzungen über Lohn und Arbeitszeit bevorstehen und ein so energieloses Auftreten der freien Gewerkschaften zweifellos den Hebermut der Ausbeuter kräftig abkühlen wird.

Der Schiedsspruch ist höher noch nicht für verbindlich erklärt worden. Die Organisationsleitung will um die 10 Prozent hören, darüber hinaus jedoch Kampfmaßnahmen aufzuheben, lehnt die Organisation bisher ab. Unsere Auffassung ist oben in unserem Artikel niedergelegt. Am Montag sollen im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen stattfinden. Hier schon wäre die erste Notwendigkeit einen weiteren Vorstoß zu unternehmen.

Am 31. März fand in Dresden eine Branchensammlung statt, in der folgende Entschlüsse angenommen wurden:

„Die am 31. März 1927 im Neustädter Kasino tagende Versammlung der Dresdner Zigarettenbranche nimmt Kenntnis von dem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch. Sie spricht der Organisationsleitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes für ihre bisherige Tätigkeit in dem Schiedsspruch ihr volles Vertrauen aus. Den Beschluß des KTB, ab 16. April 1927 die Generalauflösung vorzunehmen, lehnt die Versammlung mit größter Ruhe ab, in der Gewißheit, daß die Sympathie der Öffentlichkeit auf Seiten der Arbeiterschaft zu finden sein wird. Obwohl die Versammlung der Meinung ist, daß als Antwort auf den brutalen Ausperrungsbeschluß des KTB die Arbeiterschaft den offenen Kampf aufnehmen müßte, verpflichtet sie sich, zur Erzielung eines einheitlichen Handelns nur nach den Weisungen der Organisationsleitung handeln zu wollen. Die Versammlung erwartet von der Organisationsleitung, daß mit allen Mitteln dahin gestrebt wird, die 10prozentige Lohn-erhöhung restlos zur Durchführung zu bringen.“

**Das Demonstrierungsverbot in Leipzig aufgehoben**  
Das Polizeipräsidium und die Amtshauptmannschaft Leipzig haben das Demonstrierungs- und Ungehorsamsverbot gegen den KTB aufgehoben.

ndiger  
Frau  
5. III.  
nhaus  
2. Januar  
r  
u Zahl-  
1917/46  
in  
ntefrühe  
tischen  
blüht  
ing  
el  
nd?  
17.  
alle  
nd preis-  
reilage  
cher Art  
g mit  
enisch)  
er  
eg 2  
effe ver-  
dern  
stschiel,  
billigt  
hof ober-  
rens be-  
Ele mein  
bel Neug-  
geradei.  
triz  
Weiß-  
alität:  
ffe u.  
Quali-  
reisen  
el  
ratas  
7.50  
Barber-  
9 ganz